

16. Landtag von Baden-Württemberg, 128. Sitzung
Mittwoch, 14. Oktober 2020, 09:00 Uhr

Rede

Mitglied Arbeitskreis Soziales und Integration

Claudia Martin MdL

Zur aktuellen Debatte

Aktionsplan

„Für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg“: Umsetzung und Zukunftsperspektiven für ein Land der Vielfalt

Es gilt das gesprochene Wort.

Claudia Martin MdL:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen!

Die freie Entfaltung der Persönlichkeit und die volle gesellschaftliche Teilhabe setzen voraus, dass jeder Mensch, ungeachtet seiner sexuellen und geschlechtlichen Identität, gesellschaftliche Achtung erfährt und sein Leben ohne Benachteiligungen und Diskriminierungen leben kann. So steht es im Koalitionsvertrag.

Baden-Württemberg steht für eine offene und tolerante Gesellschaft.

Die Würdigung der Vielfalt sowie deren Respekt und Akzeptanz sind wesentliche

Grundbausteine unserer demokratischen Gesellschaft. Dafür steht auch die heutige Debatte.

Der Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg hat bereits viel bewirkt. Die zahlreichen Projekte und Kampagnen haben ganz erheblich dazu beigetragen, Ausgrenzungen und Benachteiligungen von homo-, bi- und transsexuellen Menschen entschieden entgegenzuwirken. Der Ausbau und die Professionalisierung der Beratungs- und Unterstützungsstruktur war wichtig. So erfahren insbesondere die psychosozialen Beratungsangebote eine rege Nachfrage.

Mit dem Landesbeirat für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg, mehr als 100 Mitgliederorganisationen im Landesnetzwerk LSBTTIQ sowie zahlreichen Communities, Initiativen und Projekten haben Zusammenschlüsse von homo-, bi- und transsexuellen Menschen einen festen Platz in der zivilgesellschaftlichen Akteurslandschaft von Baden-Württemberg eingenommen.

Im Rahmen des Aktionsjahrs 2019 wurden landesweit zahlreiche Veranstaltungen, Aktionen und Ausstellungen organisiert, um die Sichtbarkeit dieser Vielfalt zu fördern, aber auch, um bestehende Probleme wie Anfeindungen und Gewalt zu thematisieren. So hat die Landesregierung im Rahmen des Aktionsplans seit 2016 auch einen stärkeren Fokus auf die Aufarbeitung der Verfolgung homosexueller Menschen in unserem Land gelegt.

Das Forschungs- und Vermittlungsprojekt LSBTTIQ in Baden-Württemberg befasst sich mit der Entrechtung und Verfolgung von Homosexuellen in der NS-Diktatur und der Nachkriegszeit. Schätzungen zufolge wurden mehr als 10 000 homosexuelle Männer in den Konzentrationslagern inhaftiert und dort zum Großteil von den Nazis ermordet. Umso schlimmer ist es, dass homo-, bi- und transsexuelle Menschen auch heute noch Opfer von Hasskriminalität werden. Bundesweit gab es 2019 insgesamt 576 gegen die sexuelle Orientierung gerichtete Straftaten. Das sind fast 66 % mehr als im Vorjahr. Als tolerante Gesellschaft, vor allem aber als demokratischer Rechtsstaat können und dürfen wir es nicht erlauben, dass Mitbürgerinnen und Mitbürger aufgrund ihrer sexuellen Orientierung Gewalt erfahren müssen.

In der CDU-Fraktion legen wir einen Schwerpunkt unserer Gleichstellungspolitik daher ganz klar auf die Bekämpfung und Prävention gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Neben der konsequenten Strafverfolgung der Täter und niedrigschwelligen Hilfsangeboten für die Betroffenen bedarf es hier vor allem einer Sensibilisierung in der Öffentlichkeit. Unser Grundgesetz ist über 70 Jahre alt. Jeder kennt Artikel 1:

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Aber wir haben es erst vor 26 Jahren geschafft, den § 175, den sogenannten Schwulen-Paragrafen, aus unserem Strafgesetzbuch zu entfernen. Das zeigt, wie schwer es ist, festzementierte Vorstellungen zu überwinden. Darum ist es von großer Wichtigkeit, dass der von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn eingebrachte Gesetzentwurf zum Schutz vor Konversionsbehandlungen mit großer Mehrheit vom Bundestag beschlossen wurde.

Homosexualität ist keine Krankheit. Die Vorstellung, die sexuelle Identität und Selbstbestimmung durch Zwang brechen zu können, ist in einer weltoffenen Gesellschaft fehl am Platz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist kein Geheimnis, dass meine Fraktion einzelne Aspekte des Aktionsplans, insbesondere in Verbindung mit dem Bildungsplan 2016, von Anfang an sehr kritisch gesehen hat. Das betrifft das Thema Altersangemessenheit und die Ideologisierung der Geschlechterziehung, aber auch die einseitige Akzentuierung einzelner Lebensmodelle. Für die CDU gilt damals wie heute: Wir stehen für einen weltoffenen Pluralismus, der die gesamte Breite unserer Gesellschaft gleichwertig abbildet.

Unser Land ist in den vergangenen Jahren aufgeschlossener und vielfältiger geworden. Homo-, bi- und transsexuelle Menschen gehören zu Baden-Württemberg. Sie sind ein sichtbarer, respektierter und integraler Teil unserer Gesellschaft. Trotzdem gibt es noch einiges zu tun. Wir können uns nicht zufrieden zurücklehnen, wenn homophobe Beleidigungen weiterhin regelmäßig auf Schulhöfen und im Netz zu beobachten sind.

Lassen Sie uns also gemeinsam dafür eintreten, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Persönlichkeit und sexuellen Identität selbstbestimmt und sicher in unserem Land leben können.